

Betreff:

Haushaltsplan 2016 – Beratung der Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sowie der Anträge zum Bürgerhaushalt bei den Teilhaushalt des Fachbereichs 61 Stadtplanung und Umweltschutz sowie den Teilhaushalten der Referate 0120 Stadtentwicklung und Statistik, 0600 Baureferat (nur Anträge des Bürgerhaushalts), 0610 Stadtbild und Denkmalpflege und 0630 Bauordnung

Organisationseinheit:Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz**Datum:**

05.02.2016

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

10.02.2016

Status

Ö

Beschluss:

„Dem Entwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsmanagement 2015 - 2019 des Fachbereiches 61 Stadtplanung und Umweltschutz sowie der Referate 0120 Stadtentwicklung und Statistik, 0600 Baureferat (nur für die Anträge des Bürgerhaushalts), 0610 Stadtbild und Denkmalpflege und 0630 Bauordnung wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung und den Anträgen des Bürgerhaushalts gefassten Beschlüssen zugestimmt.

Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen.“

Sachverhalt:

Die Anträge der Fraktionen/Stadtbezirksräte haben Änderungen der Produkterträge und - aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültigen Produkt-Planbeträge können daher erst im Enddruck des Haushaltplanes 2016 abgebildet werden.

Für das Haushaltsjahr 2015 sind für das Dezernat III Haushaltsreste (aus dem Jahr 2014) von 40,54 Mio. € gebildet worden. Bis Ende 2019 ist im Haushalt geplant, dass das Dezernat III die Haushaltsreste bis auf einen Stand von 17,8 Mio. € abbaut. Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2016 beinhaltet zurzeit einen Haushaltsresteabbau für alle Dezernate bis Ende 2019 i. H. v. auf insgesamt 24,3 Mio. €. Aufgrund der Projekte des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement, einschließlich der Herrichtung der Flüchtlingsunterkünfte, werden sich 2016 bis 2019 höhere Reste für das Dezernat III ergeben. Gleichwohl wird das Ziel des geplanten Resteabbaus bis 2019 im Auge behalten. In der Anlage 10 zu dieser Vorlage sind die Haushaltsreste des Dezernates Ende 2019 auf die zugehörigen Fachbereiche aufgeschlüsselt.

Zur Beratung im Planungs- und Umweltausschuss werden folgende Anlagen übersandt:

Anlage 1

Mitteilungen zu den Anfragen/Anregungen
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 3

Finanzwirksame Anträge - Ergebnishaushalt
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 4

Ansatzveränderungen der Verwaltung - Ergebnishaushalt

Anlage 5

Finanzwirksame Anträge - Investitionsmanagement 2015-2019
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 6

Ansatzveränderungen der Verwaltung - Investitionsmanagement 2015-2019

Anlage 7

Ansatzveränderungen der Verwaltung - Investitionsmanagement 2015-2019
Hier: 10% Kürzungen der Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Anlage 8

Stellenplananträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 9a und 9b

a) Anträge des Bürgerhaushaltes

Im Rahmen des Bürgerhaushalts wurde die Internetplattform www.bs-mitgestalten.de eingerichtet. Auf dieser Plattform sind sämtliche eingereichten Vorschläge zum Bürgerhaushalt, die dazugehörenden Bewertungen und Kommentare sowie durch die fachlich zuständigen Organisationseinheiten abgegebene Stellungnahmen einsehbar. Es wird darauf hingewiesen, dass auch die Beratungsergebnisse zu den einzelnen Vorschlägen auf der Plattform veröffentlicht werden.

b) Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Braunschweig

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Braunschweig hat eine Stellungnahme zu den 75 am besten bewerteten Vorschlägen abgegeben. Diese ist zu Ihrer Kenntnis beigefügt.

Anlage 10

Haushaltsreste des Investitionsmanagements bis 2019 (Haushaltsplanentwurf 2016)

Leuer

Anlage/n:

Anlage 1

Mitteilungen zu den Anfragen/Anregungen
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 1

Dezernat III/ FB61

01. Februar 2016

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A017 der Fraktion
Bündnis 90/ Die Grünen**

Text:

In welcher Höhe werden Mittel zur Förderung regenerativer Energien aus dem Haushaltsjahr 2015 in das Jahr 2016 übertragen?

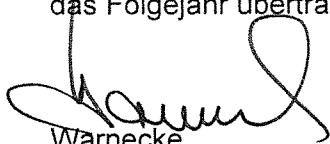
Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Auf dem Projekt 4S.610032 standen für das Jahr 2015 Finanzmittel zur Förderung regenerativer Energien i.H.v insgesamt 193.591,90 € zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich aus 93.000 € Haushaltsplanansatz 2015 und 100.591,90 € Haushaltsrest 2014 zusammen.

Im Jahr 2015 wurden 83.232,50 € verausgabt, so dass 110.359,40 € nicht verbraucht wurden. Da die Budgetmittel auf dem Projekt zum Ergebnishaushalt, bei dem nur eine einmalige Übertragung von Haushaltssmitteln zulässig ist, gehören, dürfen nur die verbleibenden Haushaltssmittel des Planansatzes 2015 i.H.v 93.000 € als Haushaltsrest in das Folgejahr übertragen werden.



Warnecke

Anlage 2

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			Ja	Nein	Enth.
				Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.				

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

30			Bündnis 90/ Die Grünen	Photovoltaik auf Dächern städtischer Gebäude Seit Jahren ist es erklärte Absicht der Stadt Braunschweig, als Beitrag zum Klimaschutz auch auf den Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen zu errichten. Leider ist die Umsetzung dieser Absicht in der Vergangenheit nur sehr partiell und zögerlich erfolgt. Das vorzulegende Konzept soll für Rat und Öffentlichkeit erkennbar machen, wie die Stadt hier vorgeht und damit für die Ratsgremien eine Steuerungsmöglichkeit schaffen.												
Anmerkung der Verwaltung																

Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend

33	Diverse	Straßennamen und Hausnummern	Piraten	Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten Andernfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.												
Anmerkung der Verwaltung																

Anlage 3

Finanzwirksame Anträge - Ergebnishaushalt
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					Ja	Nein	Enth.
				Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.						

Teilhaushalt Ref. 0630 Bauordnung

	Diverse																																										
157 NEU	1.52.5210.04	Baugenehmigungsverfahren	BIBS	Kostenübernahme für die Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) Die BISS hatte eine Akteneinsicht in die Bauunterlagen der Firmen am Gieselweg und Harxbütteler Straße in Braunschweig beantragt. Damit sollte - letztlich auch im Sinne der Stadt Braunschweig - mehr Transparenz geschaffen werden. Leider erhielt die BISS trotz ihrer Bitte, die Kosten im Vorfeld genannt zu bekommen, nur umfangreich geschwärzte Unterlagen und eine Rechnung in Höhe von 413,70 €. Daher bittet die BISS die Stadt um die Kostenersstattung, da sie zur Einhaltung der Zahlungsfristen den Betrag bereits an die Stadtverwaltung überwiesen haben. Die BISS merkt in diesem Zusammenhang auch an, dass sie der Stadt BS ihre Informationen immer kostenlos zur Verfügung gestellt hat, insbesondere das Rechtsgutachten (Kostenpunkt 6006 Euro), das die Stadt in die Lage versetzte, die Ansiedlung von mit radioaktiven Materialien umgehenden Firmen auf dem Gelände zukünftig auszuschließen.											einmalig																												
<hr/>																																											
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):		331110	Verwaltungsgebühren																																								
<hr/>																																											
Anmerkung der Verwaltung: Es handelt sich um eine Absetzung vom Ertrag nach § 27 GemHKVO.																																											

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	Diverse																																									
108	1.51.5119.02	Öffentlichkeitsarbeit	Piraten	Öffentlichkeitsarbeit Öffentlichkeitsarbeit soll beim Ansatz von 2015 bleiben (der auch schon ganz schön hoch war).										dauerh.																												
<hr/>																																										
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):		Diverse																																								
<hr/>																																										
Anmerkung der Verwaltung: In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan.																																										

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Abstimmungsergebnis													
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Erträge	Aufwend.		Ja	Nein	Enth.											
	6	Private rechtliche Entgelte																												
109	1.51.5112.04	Geodatenservice	Piraten	Geodatenservice In den vergangenen Jahren war das Ergebnis immer wesentlich besser als der Ansatz.											dauerh.															
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): 342110 Erträge aus Verkauf																														
Anmerkung der Verwaltung:																														

Anlage 4

Ansatzveränderungen der Verwaltung - Ergebnishaushalt

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €				Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2016 Erträge	2016 Aufwend.	2017 Erträge	2017 Aufwend.	2018 Erträge	2018 Aufwend.		Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		806.200	797.600	0	-	8.600	0	0	0	0	0		
1	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten				Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es ist eine einmalige Reduzierung von Projektmitteln möglich. - 8.600									
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): 427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen															

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

	Diverse					0	-	600	0	-	600	0	-	600	0	-	600
2	Diverse					Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Einsparung erfolgt prozentual bei sämtlichen Ansätzen des Teilhaushaltes - 600										dauerh.	
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Diverse																	

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €				Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2016 Erträge	2016 Aufwend.	2017 Erträge	2017 Aufwend.	2018 Erträge	2018 Aufwend.	2019 Erträge	2019 Aufwend.	Dauer

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	Diverse					0	-	65.900	0	-	65.900	0	-	65.900	0	-	65.900
Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Einsparung erfolgt prozentual bei sämtlichen Ansätzen des Teilhaushaltes. Für den FB 61 war ursprünglich ein Konsolidierungsbetrag bei den Aufwandsbudgets von 51.500 € vorgesehen. Darüber hinaus werden zusätzlich 14.400 € als Kompensation für nicht erbrachte Einsparungen des Ref. 0600 im Investitionsmanagement eingespart.																	
3	Diverse							- 65.900			- 65.900			- 65.900			- 65.900
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Diverse																	

	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		632.000	732.000	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	
4 1.51.5111.03 Bebauungsplanung Planungsleistungen, Gutachten, etc. im Rahmen der Bebauungsplanverfahren Holzmoor-Nord, Wilhelmstraße-Nord, Mittelweg-Südwest und Rautheimer Kaserne werden künftig von der Stadt erbracht bzw. beauftragt und bezahlt. Anschließend erfolgt eine Erstattung durch die jeweilige Vorhabenträgerin. Den Erträgen stehen demnach entsprechende Aufwendungen gegenüber (siehe unten). Bislang sah das Verfahren vor, dass die Erbringung von Planungsleistungen an die Vorhabenträgerin übertragen wurde, die ihrerseits die erforderlichen Beauftragungen vorgenommen hat.																
						+ 100.000			+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000	
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): 348710 Erstattung von privaten Unternehmen																

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		3.465.300	3.565.300	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	
5 1.51.5111.03 Bebauungsplanung Planungsleistungen, Gutachten, etc. im Rahmen der Bebauungsplanverfahren Holzmoor-Nord, Wilhelmstraße-Nord, Mittelweg-Südwest und Rautheimer Kaserne werden künftig von der Stadt erbracht bzw. beauftragt und bezahlt. Anschließend erfolgt eine Erstattung durch die jeweilige Vorhabenträgerin. Den Aufwendungen stehen demnach entsprechende Erträge gegenüber (siehe oben). Bislang sah das Verfahren vor, dass die Erbringung von Planungsleistungen an die Vorhabenträgerin übertragen wurde, die ihrerseits die erforderlichen Beauftragungen vorgenommen hat.																
						+ 100.000			+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000	
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): 443140 Prüfungs- und Beratungskosten																

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €				Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2016 Erträge	2016 Aufwend.	2017 Erträge	2017 Aufwend.	2018 Erträge	2018 Aufwend.	2019 Erträge	2019 Aufwend.	Dauer

Alle Teilhaushalte

	Diverse					0	- 1.956.853	0	305.647	0	- 115.424	0	- 184.698			
--	---------	--	--	--	--	---	-------------	---	---------	---	-----------	---	-----------	--	--	--

6	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Rücknahme der pauschalen Steigerung der Aufwandsbudgets in den Folgejahren (564.500 € p. a.)										dauerh.		
---	---------	--	--	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---------	--	--

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Diverse											
--	--	--	--	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

7	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen Der Gesetzgeber beabsichtigt, den Kommunen die Angleichung der LoB-Zahlungen für Beamte an die tariflichen Regelungen zu ermöglichen. Eine rechtliche Verpflichtung soll jedoch nicht bestehen. In der Haushaltssplanung war die Aufstockung des bisherigen Ansatzes um 670.000 € auf insgesamt 950.000 € vorgesehen. Auch vor dem Hintergrund der bislang fehlenden rechtlichen Regelung soll nunmehr nur der ursprüngliche Betrag von 280.000 € verbleiben, um LoB-Zahlungen an die leistungsstärksten Beamten auch weiterhin zu ermöglichen.										dauerh.		
---	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---------	--	--

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Diverse											
--	--	--	--	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

8	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) hat mitgeteilt, dass die Quote für das Sanierungsgeld von derzeit 2% der Tarifentgelte auf 0,14% ab dem Haushaltsjahr 2016 gesenkt wird. Dies führt zu Einsparungen i. H. v. 1,03 Mio. € pro Jahr. Einmalig werden für vergangene Jahre 3,12 Mio. € in 2016 erstattet.										dauerh.		
---	---------	--	--	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---------	--	--

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Diverse											
--	--	--	--	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

9	Diverse			Mehrbedarfe Personalaufwand Der Mehrbedarf entsteht insbesondere durch weitere Stellenschaffungen (ohne Stellen für Flüchtlingsthematik).										dauerh.		
---	---------	--	--	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---------	--	--

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Diverse											
--	--	--	--	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Abstimmungsergebnis		
				2016		2017		2018		2019		Dauer	Ja	Nein	Enth.			
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.							
10	Diverse							+ 1.672.847		+ 601.047		+ 744.476		+ 1.239.702	dauerh.			
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				405110/ 406110	Rückstellungen für Pensionen Beamte/ Rückstellungen für Beihilfen													

Anlage 5

Finanzwirksame Anträge - Investitionsmanagement 2015-2019
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und DenkmalpflegeZuschüsse für private Denkmäler

Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			10	-66.800	0	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	0		
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE									
			bisher	184.200	51.000	33.300	33.300	33.300	33.300			
			neu	51.000	51.000	0	0	0	0			
			Veränderung	-133.200		-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	0		
		Antrag		Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €). -siehe auch Zeile 17.								
		Anmerkung der Verwaltung		Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor.								

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei										
			bisher	184.200	51.000	33.300	33.300	33.300	33.300	0			
			neu	117.400	51.000	16.600	16.600	16.600	16.600	0			
			Veränderung	-66.800		-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	0			
Antrag		Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €). - siehe auch Zeile 17.											
Anmerkung der Verwaltung		Siehe Anmerkung der Verwaltung zu Antrag Nr. 132 Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €). Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor.											

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-200.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	0			
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE										
			bisher	553.000	153.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0			
			neu	153.000	153.000	0	0	0	0	0			
			Veränderung	-400.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	0			
Antrag		Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €) - siehe auch Zeile 10.											
Anmerkung der Verwaltung		Siehe Anmerkung der Verwaltung zu Antrag Nr. 132 Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor.											

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei										
			bisher	553.000	153.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0			
			neu	353.000	153.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0			
			Veränderung	-200.000		-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	0			
		Antrag		Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €) - siehe auch Zeile 10.									
		Anmerkung der Verwaltung		Siehe Anmerkung der Verwaltung zu Antrag Nr. 132 Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €). Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor.									

Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz**Sonstige Maßnahmen**

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	210.000	0	210.000	0	0	0	0
	5S.610033 FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321						
		bisher	368.000	260.000	27.000	27.000	27.000	0
		neu	458.000	260.000	117.000	27.000	27.000	0
		Veränderung	90.000	90.000	0	0	0	0
	Antrag		Zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Bolzplatzes am Hartriegelweg in Völkenrode auf der Grundlage der in 2015 seitens der Verwaltung erfolgten Planung unter Beteiligung der Jugendlichen aus Völkenrode und der ebenfalls den Platz am Hartriegelweg nutzenden Vereine und Gruppen für das Haushaltsjahr 2016 (90.000 €).					
	Anmerkung der Verwaltung		Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 € .					

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
	5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321		bisher neu	368.000 488.000	260.000 260.000	27.000 147.000	27.000 27.000	27.000 27.000			
				Veränderung		120.000		120.000	0	0	0		
	Antrag												
	Anmerkung der Verwaltung												

Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-1.600.000	-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0					
137	diverse	Piratenpartei										
		bisher neu	10.269.100 8.669.100	7.167.300 7.167.300	786.300 386.300	768.300 368.300	772.900 372.900	774.300 374.300				
		Veränderung	-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0			
	Antrag											
	Anmerkung der Verwaltung											

Anlage 6

Ansatzveränderungen der Verwaltung
- Investitionsmanagement 2015-2019

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

Nationale Projekte des Städtebaus

		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)									
10			-903.200		-584.600		-318.600		0	0	0

57.a	4S.000018 Ref. 0610: Nationale Proj. d.Städtebaus	bisher neu Veränderung	1.063.200 160.000 -903.200	160.000 160.000 -584.600	584.600 0 -318.600	318.600 0 0						
Bemerkung		Wegfall des Projekte "Nationale Projekte d. Städtebaus", da keine Fördermöglichkeit mehr gesehen wird										

		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)									
17			-1.355.000		-877.000		-478.000		0	0	0

57.b	4S.000018 Ref. 0610: Nationale Proj. d.Städtebaus	bisher neu Veränderung	1.595.000 240.000 -1.355.000	240.000 240.000 -877.000	877.000 0 -478.000	478.000 0 0						
Bemerkung		Wegfall des Projekte "Nationale Projekte d. Städtebaus", da keine Fördermöglichkeit mehr gesehen wird										

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis

Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Altlastsanierung Breite Straße / Gördelingerstraße

Summe der Einzahlungen aus laufender 10 Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-530.000	-5.000	-460.000	-65.000	0	0	
--	--	--	--	----------	--------	----------	---------	---	---	--

58.a	4E.610009 Breite Str./ Gördelingerstr-Altlastbeseit.	131 bisher 690.000 0 45.000 540.000 105.000 0 neu 160.000 0 40.000 80.000 40.000 0 Veränderung -530.000 -5.000 -460.000 -65.000 0 0				
	Bemerkung	Anpassung der Finanzraten für die Altlastensanierung Breite Str. / Gördelingerstr. an den tatsächlichen Finanzbedarf (Grund: Ablehnung der EFRE-Förderung durch das Land)				

Summe der Auszahlungen aus laufender 17 Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-300.000	0	0	0	0	-300.000	
--	--	--	--	----------	---	---	---	---	----------	--

58.b	4E.610009 Breite Str./ Gördelingerstr-Altlastbeseit.	131 bisher 2.300.000 150.000 200.000 800.000 200.000 500.000 450.000 neu 2.000.000 150.000 200.000 800.000 200.000 500.000 150.000 Veränderung -300.000 0 0 0 0 -300.000				
	Bemerkung	Anpassung der Finanzraten für die Altlastensanierung Breite Str. / Gördelingerstr. an den tatsächlichen Finanzbedarf (Grund: Ablehnung der EFRE-Förderung durch das Land)				

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis
						Ja	Nein	Enth.			

Erschließungsgebiete

20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
59.a	4E.610011	FB 61: Am Pfarrgarten/Erschl. - Beitr	112		-72.000	0	0	-72.000	0	0	
			bisher	480.000	0	0	0	480.000	0	0	
			neu	408.000	0	0	0	408.000	0	0	
			Veränderung	-72.000		0	0	-72.000	0	0	
Bemerkung		Einsparvorschlag Konsolidierung									

26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
59.b	4E.610011	FB 61: Am Pfarrgarten/Erschließung	112		-1.173.500	-274.100	-298.100	-42.800	-558.500	0	
			bisher	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	
			neu	425.000	0	212.500	212.500	0	0	0	
			Veränderung	-75.000		-37.500	-37.500	0	0	0	
					VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	212.500	VE 2017 Veränderung:	-37.500	
Bemerkung		Einsparvorschlag Konsolidierung									

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

60	5E.610007	Volkmarode/Erschließung	114	bisher neu Veränderung	343.187 253.187 -90.000	243.187 243.187 -90.000	100.000 10.000 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0			
		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

61	5E.610010	Gew.-geb Rautheim-Nord/Erschl.	213	bisher neu Veränderung	410.000 321.000 -89.000	100.000 100.000 -50.000	50.000 0 -15.000	100.000 85.000 -24.000	160.000 136.000 0	0 0 0			
NEU		Bemerkung	VE 2017: 100.000 VE 2017 neu: 85.000 VE 2017 Veränderung: -15.000										

62	5E.610014	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd /Erschl.	224	bisher neu Veränderung	499.800 462.300 -37.500	249.800 249.800 -15.000	100.000 85.000 -22.500	150.000 127.500 0	0 0 0	0 0 0			
		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis

63	5E.610016 Roselies-Süd/Erschließung	213	bisher	1.459.291	437.091	101.000	360.000	380.700	180.500	0				
			neu	1.106.091	437.091	85.900	206.000	223.600	153.500	0				
			Veränderung	-353.200		-15.100	-154.000	-157.100	-27.000	0				
					VE 2017:	360.000	VE 2017 neu:	206.000	VE 2017 Veränderung:	-154.000				
Bemerkung		Einsparvorschlag Konsolidierung												

64	5E.610017 Lammer Busch-Ost / Erschließung	321	bisher	375.904	25.904	139.000	211.000	0	0	0				
			neu	273.504	25.904	118.200	129.400	0	0	0				
			Veränderung	-102.400		-20.800	-81.600	0	0	0				
					VE 2017:	211.000	VE 2017 neu:	129.400	VE 2017 Veränderung:	-81.600				
Bemerkung		Einsparvorschlag Konsolidierung												

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

65	5E.610027	Am Meerberg/Erschließung	211	bisher neu Veränderung	155.000 139.300 -15.700	50.000 50.000 -15.700	105.000 89.300 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0			
		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

66	5E.610029	Baugebiet Taubenstr/Erschließung	331	bisher neu Veränderung	1.330.000 1.041.000 -289.000	70.000 70.000 0	0 0 42.500	50.000 250.000 200.000	1.210.000 678.500 -531.500	0 0			
		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

67	5S.610035	FB 61:Lammer Busch-Ost/Erschließung	321	bisher neu Veränderung	1.010.696 888.996 -121.700	199.096 199.096 -30.000	200.000 170.000 -30.000	200.000 170.000 -61.700	411.600 349.900 0	0 0 0			
NEU		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis

Gewässerentwicklung Mittelriede, Tafelmakerweg

Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
10				-55.400		-27.700	-27.700	0	0	0	

68.a	4S.610037 Mittelriede,Tafelmakerw./Gew.entw	120	bisher neu	150.000 94.600	0 0	75.000 47.300	75.000 47.300	0 0	0 0	0 0	
			Veränderung	-55.400		-27.700	-27.700	0	0	0	
Bemerkung		Einsparvorschlag Konsolidierung									

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				-111.000		-55.500	-55.500	0	0	0	

68.b	4S.610037 Mittelriede,Tafelmakerw./Gew.entw	120	bisher neu	300.000 189.000	0 0	150.000 94.500	150.000 94.500	0 0	0 0	0 0	
			Veränderung	-111.000		-55.500	-55.500	0	0	0	
Bemerkung		Einsparvorschlag Konsolidierung									

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis
						Ja	Nein	Enth.			

EFRE-Projekt Umweltmaßnahmen

10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-172.000	0	-100.000	78.000	-50.000	-100.000				
----	--	----------	---	----------	--------	---------	----------	--	--	--	--

69.a	4S.610038 Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte	bisher neu Veränderung	300.000 128.000 -172.000	0 0 0	100.000 0 -100.000	50.000 128.000 78.000	50.000 0 -50.000	100.000 0 -100.000			
------	--	------------------------------	--------------------------------	-------------	--------------------------	-----------------------------	------------------------	--------------------------	--	--	--

Bemerkung

Wegfall des bisherigen Projektes "Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt" und Anmeldung eines neuen Projektes "Umweltmaßnahmen / EELA-Projekte", das neue Projekt beinhaltet Vorhaben zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensräumen und Arten der ländlichen Landschaften.

Die Förderung beträgt 80 % der förderfähigen Kosten (förderfähige Kosten: 160.000 EUR; nicht förderfähige Kosten: 24.400 EUR - Erstattung : 128.000 EUR)

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-415.600	-20.000	-20.000	-75.600	-100.000	-200.000				
----	--	----------	---------	---------	---------	----------	----------	--	--	--	--

69.b	4S.610038 Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte	bisher neu Veränderung	600.000 184.400 -415.600	0 0 -20.000	100.000 80.000 -20.000	100.000 80.000 -20.000	100.000 24.400 -75.600	100.000 0 -100.000	200.000 0 -200.000		
------	--	------------------------------	--------------------------------	-------------------	------------------------------	------------------------------	------------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--

Bemerkung

Wegfall des bisherigen Projektes "Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt" und Anmeldung eines neuen Projektes "Umweltmaßnahmen / EELA-Projekte", das neue Projekt beinhaltet Vorhaben zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensräumen und Arten der ländlichen Landschaften.

Die Förderung beträgt 80 % der förderfähigen Kosten (förderfähige Kosten: 160.000 EUR; nicht förderfähige Kosten: 24.400 EUR - Erstattung : 128.000 EUR)

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 61

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	16.300	-48.600	14.000	27.900	23.000	0				
----	--	--------	---------	--------	--------	--------	---	--	--	--	--

70	4E.610003 Riddagshausen/"Natur erleben"	112 bisher 253.293 neu 244.893 Veränderung -8.400	239.293 239.293 1.400 -2.100	3.500 1.400 1.400 -2.100	3.500 1.400 1.400 -2.100	3.500 1.400 1.400 -2.100	3.500 1.400 1.400 -2.100	0 0 0 0				
	Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

71	4E.610013 Pfälzer Straße / Ausgleichsmaß.	bisher 209.700 neu 128.300 Veränderung -81.400	0 0 -76.500	176.700 100.200 0	0 0 0	0 0 0	33.000 28.100 -4.900	0 0 0				
	Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

72	4S.610024 FB 61:Global Zusch. f. Flurbereinigungs.	bisher 185.000 neu 305.000 Veränderung 120.000	185.000 185.000 30.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 30.000 30.000	0 0 0				
	Bemerkung	Zusätzliche Mittel für Flurbereinigungsmaßnahmen in Höhe von jährlich 30.000 EUR (Wiederaufnahme des Projektes)										

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

73	4S.610032	FB 61:Förderprogramm f.regener.Energien	bisher	370.000	277.000	0	93.000	0	0	0			
			neu	356.100	277.000	0	79.100	0	0	0			
			Veränderung	-13.900		0	-13.900	0	0	0			
		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung (gemäß FB 61 müssen jedoch die Haushaltsreste 2015 in das Jahr 2016 übertragen werden)										

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	-20.800	-5.200	994.800	-5.200	-1.035.200	30.000
----	---------------------------------	---------	--------	---------	--------	------------	--------

74	5E.610004	Westpark 2. BA	221	bisher	1.886.292	136.292	0	0	0	200.000	1.550.000		
				neu	1.886.292	136.292	0	0	0	170.000	1.580.000		
				Veränderung	0		0	0	0	-30.000	30.000		
		Bemerkung	Einsparvorschlag Konsolidierung										

75	5E.610028	Ringgleis - Ausbau und Schließung	221	bisher	3.450.000	0	450.000	500.000	500.000	2.000.000	0				
				neu	3.450.000	0	450.000	1.500.000	500.000	1.000.000	0				
				Veränderung	0		0	1.000.000	0	-1.000.000	0				
			VE 2017: 500.000 VE 2017 neu: 1.500.000 VE 2017 Veränderung: 1.000.000												
		Bemerkung	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf												

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis

76	5S.610030	Wanderwege / Grünzüge	bisher neu Veränderung	141.890	61.890	20.000	20.000	20.000	20.000	0	
				129.890	61.890	17.000	17.000	17.000	17.000	0	
				-12.000		-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	0	
				VE 2017:	20.000	VE 2017 neu:	17.000	VE 2017 Veränderung:	-3.000		
NEU				VE 2018:	20.000	VE 2018 neu:	17.000	VE 2018 Veränderung:	-3.000		
				VE 2019:	20.000	VE 2019 neu:	17.000	VE 2019 Veränderung:	-3.000		
Bemerkung				Einsparvorschlag Konsolidierung							

77	5S.610031	Grüne Stadtplätze	bisher neu Veränderung	135.904	75.904	15.000	15.000	15.000	15.000	0	
				127.104	75.904	12.800	12.800	12.800	12.800	0	
				-8.800		-2.200	-2.200	-2.200	-2.200	0	
				VE 2017:	15.000	VE 2017 neu:	12.800	VE 2017 Veränderung:	-2.200		
NEU				VE 2018:	15.000	VE 2018 neu:	12.800	VE 2018 Veränderung:	-2.200		
				VE 2019:	15.000	VE 2019 neu:	12.800	VE 2019 Veränderung:	-2.200		
Bemerkung				Einsparvorschlag Konsolidierung							

Anlage 7

Ansatzveränderungen der Verwaltung

- Investitionsmanagement 2015-2019

Hier: 10% Kürzungen der Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	-4.600	-2.600	-2.600	-2.600	0
----	--	---	--------	--------	--------	--------	---

7	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	47.300 42.700 0	27.300 24.700 -4.600	27.300 24.700 -2.600	27.300 24.700 -2.600	0 0 0				
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung									

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)	-1.600	0	-700	-300	-300	-300	0
----	--	--------	---	------	------	------	------	---

8	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	21.600 20.000 -1.600	8.400 7.700 -700	4.400 4.100 -300	4.400 4.100 -300	4.400 4.100 -300	0 0 0				
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung										

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	-600	-600	-600	-600	0
----	---	---	------	------	------	------	---

36	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	6.000 5.400 0	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	0 0 0				
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung										

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)	-400	0	-100	-100	-100	-100	0			
----	---	------	---	------	------	------	------	---	--	--	--

37	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	6.000 5.600 -400	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	0 0 0				
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung										

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	0	
----	---	--	---	--	---	---	---	---	---	---	--

38	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher	53.900	53.900	53.900	53.900	0					
		neu	53.900	53.900	53.900	53.900	0					
		Veränderung	0	0	0	0	0					
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung										

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	0	
----	---	--	---	---	---	---	---	---	---	---	--

39	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher	13.200	3.300	3.300	3.300	3.300	0				
		neu	13.200	3.300	3.300	3.300	3.300	0				
		Veränderung	0	0	0	0	0	0				
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung										

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	--	--	--

40	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	255.000 255.000 0				
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung											

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	-15.900	-11.400	-13.900	-11.200	0					
----	---	---	---------	---------	---------	---------	---	--	--	--	--	--

41	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu Veränderung	245.900 230.000 0	200.900 189.500 -15.900	225.900 212.000 -11.400	199.600 188.400 -13.900	210.000 210.000 -11.200	0					
	Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung											

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-20.000	0	-3.000	-3.000	-11.000	-3.000	0			
42	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte												
			bisher	200.000	30.000	30.000	110.000	30.000	0				
			neu	180.000	27.000	27.000	99.000	27.000	0				
			Veränderung	-20.000	-3.000	-3.000	-11.000	-3.000	0				
				VE 2017: 30.000	VE 2017 neu: 27.000	VE 2017 Veränderung: -3.000							
				VE 2018: 30.000	VE 2018 neu: 27.000	VE 2018 Veränderung: -3.000							
				VE 2019: 30.000	VE 2019 neu: 27.000	VE 2019 Veränderung: -3.000							
	Bemerkung			Einsparungsvorschlag Konsolidierung									

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-25.600	0	-6.400	-6.400	-6.400	-6.400	0			
43	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte												
			bisher	263.200	65.800	65.800	65.800	65.800	0				
			neu	237.600	59.400	59.400	59.400	59.400	0				
			Veränderung	-25.600	-6.400	-6.400	-6.400	-6.400	0				
				VE 2017: 42.000	VE 2017 neu: 37.800	VE 2017 Veränderung: -4.200							
				VE 2018: 42.000	VE 2018 neu: 37.800	VE 2018 Veränderung: -4.200							
				VE 2019: 42.000	VE 2019 neu: 37.800	VE 2019 Veränderung: -4.200							
	Bemerkung			Einsparungsvorschlag Konsolidierung									

Anlage 8

Stellenplananträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			Ja	Nein	Enth.
				Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.				

Stellenplananträge**Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild- und Denkmalpflege**

151	1.52.5231.07	Sonderaufgaben	Piraten	Peter Joseph Krahe Preis Die Produktbeschreibung erklärt den vorgeschlagenen Personalbedarf nicht.				- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000	dauerh.		
Anmerkung der Verwaltung																	

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

152	1.52.5210.08	Grundstücksgenehmigungserfahren	Piraten	Grundstücksgenehmigungsverfahren Eine Überprüfung, ob auf einem Grundstück ein städtisches Vorkaufsrecht besteht, kann so lange nicht dauern. Der Personalaufwand von 3 Stellen erscheint unplausibel.				- 40.000		- 40.000		- 40.000		- 40.000	dauerh.		
Anmerkung der Verwaltung																	

Planungs- und Umweltausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			Ja	Nein	Enth.
				Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.				

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz																		
153	1.51.5111.03	Bebauungsplanung	Piraten	Bebauungsplanung Wer noch Zeit hat, Bplan-Epiken zu verfassen, hat zu viel Personal.				- 60.000			- 60.000		- 60.000		- 60.000	dauerh.		
Anmerkung der Verwaltung																		

154	1.51.5112.03	Straßennamen und Hausnummern	Piraten	Weniger Stellen für Verwaltung der Hausnummern In BS werden höchstens 1000 Häuser pro Jahr gebaut, das heißt, es werden 5(!) neue Zahlen pro Arbeitstag vergeben. Auch die Vergabe der Straßennamen ist nicht besonders aufwendig. Ein Personalbedarf von mehr als 1 Stelle erscheint unplausibel.				- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000	dauerh.		
Anmerkung der Verwaltung																	

160 NEU	1.56.5610.06	Artenschutz	BIBS	Zusätzlicher Personalbedarf - Artenschutz Für den Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz wird eine zusätzliche Stelle eines Biologen mit vertiefter zoologischer und/oder botanischer Artenkenntnis geschaffen.				+ 41.000		+ 83.000		+ 83.000		+ 83.000	dauerh.		
Anmerkung der Verwaltung																	

Der Antrag enthält keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung durch die Verwaltung würden die Personalkosten rd. 83.000 €/jährlich für eine Planstelle E 13 betragen. Für 2016 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2016 ausgegangen. Dies würde Personalkosten von rd. 41.000 € verursachen.“

Anlage 9a

Anträge zum Bürgerhaushalt

Bürgerhaushalt 2015 zum Haushaltsplan 2016

Top 75-Vorschläge



Bürgerhaushalt in 2015 zum Haushaltsplan 2016 Top 75-Vorschläge

Platz: 2: Nachtbusse erhalten						
Vorschlags-Nr.: 2282	Bewertung: 1,034	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Da die Nachtbusse ja zur Zeit nur als Versuch laufen, möchte ich hier erwähnen, dass es unbedingt bei Nachtbussen bleiben sollte in einer Stadt mit dieser Größe. Ich kann nicht abschätzen, inwieweit sich die Nachtbusse zur Zeit rechnen, aber auch wenn sie zu Verlusten führen, gehört ein Bussystem 24 Stunden am Tag auch zum Image einer Stadt.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 23. September 2014 beschlossen, ab dem 28. November 2014 einen Nachtlinienverkehr am Wochenende einzuführen. Während der einjährigen Testphase evaluieren Stadtverwaltung und Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) gemeinsam die Nachfrage und unterbreiten dem Rat der Stadt einen Vorschlag, den Nachtverkehr betriebswirtschaftlich sinnvoll und vom Fahrgastaufkommen her vertretbar zu betreiben. Inzwischen lassen sich erste Rückschlüsse auf das Nutzerverhalten der Braunschweiger Bürger im Nachtverkehr ziehen. Die Ergebnisse fließen in die Ratsvorlage ein, um nach der Sommerpause eine Entscheidung über den Weiterbetrieb herbeizuführen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss						
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 5: Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen				
Vorschlags-Nr.: 2117	Bewertung: 0,901	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Die Stadt sollte den Vorschlag aus dem Jahre 2014 wieder aufgreifen und einen Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen. Wenn ich von der Hildesheimer Straße zum Amalienplatz beziehungsweise zur Celler Straße oder Maschstraße fahre, sind dies zwei beziehungsweise drei Haltestellen. Dafür bezahle ich € 2,30 genau so viel, als würde ich von Lamme nach Mascherode fahren. Busse und Bahnen würden mehr genutzt, wenn die Preise nicht so hoch wären.				
Auf Mallorca sind die Busse voll. Hier habe ich vom Playa de Palma bis zum Platz de Espanol in Palma € 1,00 bezahlt, mindestens 8 Haltestellen je nach Linienführung.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): Ref. 0600				

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt fokussiert auf das Beispiel einer europäischen Urlaubsinsel bzw. eine tarifzonenübergreifende Kurzstrecke. In einigen größeren Städten werden Kurzstreckentickets angeboten. Deutschlandweit gibt es in vergleichbaren Städten wie Münster und Bremen teils das Angebot eines Kurzstreckentarifs, in anderen wie Freiburg und Karlsruhe aber auch nicht. Als Alternative zur Kurzstrecke wurde in Braunschweig bewusst die 10-Fahrtenkarte mit dem seit 2008 nicht angehobenen Preis entwickelt. Durch die Zeitvariante von 90 Minuten für beliebig häufige Fahrten innerhalb des Stadtgebiets, kann man gerade auf kurzen Entfernung den Abschnitt der Karte zum Preis von 1,80 € für die Hin- und Rückfahrt nutzen. Gleichzeitig werden die Verkaufsvorgänge damit gegenüber einer Kurzstrecke reduziert. Die Kunden nehmen diese Karte sehr gut an.

In Städten, die einen Kurzstreckentarif im Angebot vorhalten, sind die Fahrkarten im Regeltarif dagegen meist deutlich teurer als in Braunschweig. Insofern ist die Entscheidung Pro oder Contra eines Kurzstreckentarifs nicht auf diese einzelne Fahrkarte bezogen, sondern wird Veränderungen im Gesamtangebot nach sich ziehen, um die Tarifgerechtigkeit aufrecht zu halten und die wirtschaftlichen Effekte durch den abgesenkten Tarif im darstellbaren Rahmen zu halten.

Weiter unterliegt die Verkehrs-GmbH als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Eine Einführung eines Kurzstreckentarifs in Stadtgebieten müsste in Abstimmung der Städte Wolfsburg, Goslar sowie der übrigen Landkreisen des Verbandsgebietes erfolgen.

Aus Sicht der Verkehrs-GmbH ist die Einführung eines Kurzstreckentarifs nicht kostenneutral. Ein zu erwartender Neukundenanteil wird die Reduzierung der Einnahmen aus dem abgesenkten Fahrpreis für die jetzigen Kunden nicht kompensieren können und somit zum Anstieg des Defizitausgleichs durch die Stadt Braunschweig führen. Exemplarisch sei dieses kurz mit realistischen Annahmen und dem Ist-Stand dargestellt.

Derzeit nutzen rd. 1,06 Mio. Kunden den Einzelfahrschein im Stadttarif zu 2,3 €/Ticket, was einen Jahresumsatz von rd. 2,43 Mio. € in 2014 ergab.

Legen angenommen von diesen Kunden rd. 40 % eine Wegstrecke im Ergebnis entstünde bei vorgenanntem Beispielsfall ein Verlustanstieg in der Verkehrs-GmbH von rd. 330 T€/a. Dieses beinhaltet nicht die kaum valide zu prognostizierenden zusätzlichen Abwanderungen von der 10er Karte in einen Kurzstreckentarif, was die negativen Auswirkungen weiter steigert.

Zur Kompensation müssten deutlich mehr als 200.000 Kunden/Jahr zusätzlich den ÖPNV nutzen, um das Angebot neutral zu stellen. Dieses bedeutet einen dauerhaft notwendigen Anstieg von mehr als 18 % im Kundensegment Einzelfahrausweis, was aus Unternehmenssicht wenig realistisch erscheint.

Da voraussichtlich auch einige Neukunden in den Einsatzspitzenzeiten hinzukommen, ist die Bereitstellung von zusätzlichen Fahrzeugen wahrscheinlich, was in der Konsequenz die negative Ergebnisbeeinträchtigung weiter steigert.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss					
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 11: Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen							
Vorschlags-Nr.: 2613	Bewertung: 0,787	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Im "öffentlichen Nahverkehr" sollten Kurzstrecken-Tarife eingeführt werden, nicht nur innerorts, sondern von einer Tarifzone in die nächste.							
Zum Beispiel gibt es im Ortsteil Schapen keine Einkaufsmöglichkeiten - die nächste Haltestelle im Ort "Weddel"/Cremlingen liegt nur etwa 1 Kilometer entfernt. Dort findet man Netto, Apotheke, Bäcker und Bahnhof. Die Kosten für die Fahrt betragen 3,80 € (90 Minuten Tarifzone 2).							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
Die Verkehrs-GmbH unterliegt als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Die Verkehrs GmbH wird dieses Thema an die Verbundgesellschaft Region Braunschweig adressieren und dort zur Entscheidung vorlegen. Im Übrigen gilt die Stellungnahme zum Vorschlag Nr. 2117 entsprechend.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss							
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 16: Fahrkartautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen							
Vorschlags-Nr.: 2647	Bewertung: 0,736	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Fahrkartautomaten für Bus und Straßenbahn an ausgewählten Haltestellen (Umsteigestationen) würden die Standzeiten an Haltestellen verkürzen und Verspätungen verringern. Als Standorte würde ich mir zum Beispiel Hauptbahnhof, Schloss, Kastanienallee und Rudolfsplatz vorstellen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
Ziel der Braunschweiger Verkehrs GmbH ist es, den Ticketverkauf beim Fahrpersonal bis zum Jahr 2018 zu reduzieren. Die betriebliche Abwicklung könnte durch eine Umkehr des Verkaufsverhältnisses der Fahrausweise im Vorverkauf von derzeit 28 % und 72 % beim Fahrpersonal erheblich verbessert werden. Dazu werden die Vertriebswege bis 2018 schrittweise ausgebaut. Ein Schritt ist dabei die Einführung von zunächst 10 Fahrscheinautomaten an ausgewählten Straßenbahnhaltestellen. Dabei werden auch die vorgeschlagenen Haltepunkte Hauptbahnhof und Schloss entsprechend berücksichtigt.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss							
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 18: Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren				
Vorschlags-Nr.: 2834	Bewertung: 0,726	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Es darf nicht noch einmal 20 Jahre dauern, bis die restlichen Kilometer fertig gestellt sind. Etliche Abschnitte des vorhandenen Weges müssen dringend saniert werden. Das bringt einfach die sehr starke Frequentierung mit sich und vielleicht auch die ungünstige Wahl der Oberflächen-Beschaffenheit.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 61				

Zügiger Ausbau:

Im Jahr 2011 hat der Rat der Stadt Braunschweig die Umsetzung des „Masterplan Ringgleis“ beschlossen. Da sich die für den Ringgleisschluss benötigten Abschnitte im Norden, Osten und Süden noch nicht durchgehend im städtischen Besitz befinden, bedarf es für jeden weiteren Abschnitt differenzierter Planungen (z. T. auch zur rechtlichen Absicherung), umfangreicher Abstimmungen zu Nutzungsvereinbarungen oder aber auch Kaufverträge, um den jeweiligen Zugriff auf weitere Abschnitte zu erhalten. Erst danach können abschnittsweise detaillierte Ausbauplanungen begonnen und die jeweiligen Kosten ermittelt werden, die dann sukzessive für die folgenden Haushaltsjahre angemeldet werden müssen. Dieser Prozess wird sich, wie beim westlichen Ringgleis auch, voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken.

Als nächster Teilabschnitt steht konkret in 2016 die Umsetzung der Fortführung des südlichen Ringgleis-Abschnitts A391 bis Kennelweg/Okerbrücke bevor. Dieser wird aktuell planerisch vorbereitet. Zum Erreichen der ca. 12 m hohen Dammkrone sind umfangreiche, kostenintensive Ingenieurbauwerke (Rampen) erforderlich. Durch diesen Abschnitt können das neue Jugendleistungszentrum von Eintracht Braunschweig sowie der Weser-Harz-Heide-Radfernweg angebunden werden. Im Norden wird es alsbald den Brückenschlag über die Oker im Bereich der Uferstraße geben. Danach ist die Weiterführung über das ehemalige Braunschweiger Zeitungs-Gelände (zwischen Hamburger Straße und Mittelweg) vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen - Zügiger Ausbau:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bügervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015 bis 2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt inkl. der Trassenführung des Weges sukzessive zu klären sind und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.

Sanierung:

Die Verwaltung betrachtet eine Sanierung der bestehenden Wege in vielen Bereichen als sinnvoll. Die jeweilige Ausbauart wird sich jedoch für jeden Abschnitt mit dem dort bestehenden Stadtbild, den zu erwartenden Nutzergruppen und den örtlich zu erwartenden Konflikten auseinandersetzen müssen. Insofern ist jeder Abschnitt differenziert zu betrachten. Darüber hinaus kann natürlich auch bei der Sanierung, allein aus Kostengründen, nur abschnittsweise vorgegangen werden. Sofern die Örtlichkeit und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel es zulassen (z. B. eine ausreichende Breite vorhanden ist und keine stadtgestalterischen Gründe dagegen sprechen) werden schon jetzt durchaus auch einzelne Bereiche saniert. Beispielsweise soll dies zeitnah in dem Abschnitt zwischen Triftweg und Kälberwiese erfolgen. Hier soll für die Radfahrer ein Asphaltweg und für die Fußgänger eine separate, wassergebundene Decke angelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen - Sanierung:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bügervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein konkreter zusätzlicher Mittelbedarf für Sanierungsmaßnahmen kann mit einem Pauschalbetrag i. H. v 30.000 EUR pro Jahr dauerhaft angenommen werden (120.000 EUR in Summe für die Planungsjahre des IP 2016-2019).

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
	Laufende Kosten	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	XXXX
						120.000 €
	Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss						
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 27: Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren																										
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																						
Vorschlags-Nr.: 2098 Bewertung: 0,693 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: 5.000 € Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																										
<p>Die Fahrpläne der Verkehrs-GmbH sind in Randzeiten nur unzureichend auf den Fahrplan der Bahn abgestimmt. Z.B. Ankunft IC aus Hannover am Sonntag: 08:08 Uhr - Nächste Abfahrt in Richtung Innenstadt: 08:49 (41 Minuten Wartezeit!).</p> <p>Des Weiteren erfolgt keine Anschluss sicherung bei Verspätungen. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH soll daher zukünftig bei ausgedünntem Takt die aktuelle Verspätungslage vom Zugverkehr beobachten. Ziel muss eine Mindestumsteigezeit von 4 Minuten für wichtige Zugverbindungen (insbesondere IC / RE aus Hannover, RB aus WOB, ICE von Berlin / Göttingen) sein. Hierzu muss in der Leitstelle der Verkehrs-GmbH der aktuelle Bahn-Fahrplan beobachtet werden und ggf. auf die Stadtbahnen und Busse eingewirkt werden. Es ist mit der DB Kontakt aufzunehmen um Zugriff auf die genauen aktuellen Fahrplandaten zu bekommen.</p>																										
Stellungnahme der Verwaltung																										
Org.-Einheit(en): Ref. 0600																										
<p>Die Verkehrs-GmbH ist grundsätzlich bemüht, eine optimale Verknüpfung zwischen Eisenbahn und dem innerstädtischen Verkehr herzustellen.</p> <p>Eine Verknüpfung an einzelne, am Hauptbahnhof ankommende Züge ist jedoch nicht immer möglich. Eine Verbesserung für einen Anschluss verschlechtert meist einen anderen Anschluss. Im genannten Beispiel (Sonntagfrüh) besteht eine gute Umsteigebeziehung in Richtung Innenstadt von den Regionalzügen aus Stendal / Wolfsburg (Ankunft 7:34), Hannover (Ankunft 7:41) und Magdeburg (Ankunft 7:42).</p> <p>Die vorgeschlagene Anschluss sicherung zu Tagesrandzeiten an Nah- und Fernverkehrszüge ist nachvollziehbar wünschenswert. Die Verkehrs-GmbH verkehrt zu Tagesrandzeiten in einem stündlichen Anschlussverkehr an der Haltestelle Rathaus. Hier besteht gesicherter Anschluss zwischen allen zu dieser Zeit verkehrenden Linien. Eine Anschluss sicherung am Hauptbahnhof würde zu verspäteter Ankunft der Linie am Rathaus führen und damit den stadtweiten Bus- und Bahnverkehr verzögern. Vor diesem Hintergrund ist die Anschluss sicherung an die Züge des Nah- und Fernverkehrs betrieblich nicht durchführbar, ohne damit Verzögerungen für alle anderen Fahrgäste im innerstädtischen Verkehr zu verursachen.</p>																										
<table> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>						Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX	
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe																				
Einmalige Kosten																										
Laufende Kosten					XXXX																					

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss					
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 28: Mehr Grün in der Innenstadt schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2871	Bewertung: 0,689	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Heiße Sommer werden zunehmen. Damit sind auch Stadtplanerische Konzepte der Vergangenheit zu überdenken. Dazu gehören große zugebaute Flächen wie der Schlossplatz oder der Wollmarkt bis zur Alten Waage.						
Komplett Begrünen ist hier mein Wunsch. Das Gelände Harz und Heide kann sicher auch zu 50% renaturiert werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
Die zunehmend wahrnehmbaren klimatischen Auswirkungen auf die Stadtplanung und der damit verbundene Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung klimatischer Aspekte sind der Verwaltung bewusst und werden in verschiedenen Bereichen bereits berücksichtigt.						
Unter den vielen relevanten Rahmenbedingungen stellt der Klimaschutz in der Stadtplanung jedoch nur einen Aspekt dar. Andere Belange wie die baukulturelle Wahrnehmung einer Großstadt oder die angestrebten Nutzungen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Hierbei ist gerade die Innenstadt Braunschweigs an ihren zentralen Stellen vor allem von dem Bild der „steinernen Stadt“ geprägt, das zur Identifikation der Stadt beiträgt. Überdies kann festgestellt werden, dass auch eine begrünte Gestaltung städtischer Flächen Kosten hervorruft, die pauschal nicht verlässlich abgeschätzt werden können.						
Das Harz-und-Heide-Gelände übernimmt neben der Beherbergung verschiedener überregional bekannter Veranstaltungen wichtige Entlastungsfunktionen für die Innenstadt, z.B. als Ausweichparkplatz bei Großveranstaltungen. Diese Funktion muss sichergestellt sein. Eine fünfzigprozentige Renaturierung steht dem entgegen.						
Finanzielle Konsequenzen können nicht beziffert werden, da sie situationsbedingt sind.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss						
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 31: Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen							
Vorschlags-Nr.: 2470	Bewertung: 0,676	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Es sollen weitere Buslinien auf Elektro-Busse umgestellt werden. So könnte zum Beispiel eine Ladestation an der Haltestelle Stadion errichtet werden und die Linien 414 und 454 mit Elektrofahrzeugen befahren werden. Gleiches auch die 424 ab Rühme.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
Auf Basis der Erfahrungen aus dem laufenden Forschungsprojekt „emil“ kann in Zukunft die Umstellung weiterer Buslinien auf das Elektrobussystem ein Thema sein. Mit einer Umstellung sind jedoch auch Investitionen in Elektrobusse und Ladeinfrastruktur verbunden. Nachdem die Verkehrs- GmbH ausreichend Erfahrungen mit dem Betrieb der bestehenden Elektrobusse gesammelt hat, kann über die weitere Investition in Elektrobusse entschieden werden. Dafür ideale Linien sind aus diversen kundenseitigen, technischen und in der Folge wirtschaftlichen Aspekten heraus zu bewerten und dann festzulegen.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss							
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 32: Schlossplatz begrünen						
Vorschlags-Nr.: 2159	Bewertung: 0,675	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Der Schlossplatz gehört zu den unwirtlichsten Plätzen von Braunschweig. Wo heute eine Betonwüste zum schnellen Durchmarsch animiert, war früher mit dem Schlosspark die grüne Lunge Braunschweig. Eine grüne Wiese mit Bäumen, Sitzbänken und einem Spielplatz würde die Optik des Platzes schnell verbessern. Die Wege zu den Eingängen der Schloss-Arkaden, zum Museum, Kulturinstitut und zur Bibliothek bleiben selbstverständlich erhalten. Der Platz gewinnt so eine neue Attraktivität, die zum Verweilen einlädt. Durch die schönere Anbindung gewinnt der Bohlweg insgesamt an Reiz, was auch den Geschäften zu gute kommt.</p> <p>Für eine freundliche Gestaltung des Platzes finden sich vermutlich auch Sponsoren wie zum Beispiel die ansässigen Geschäfte.</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0610						
<p>Der Schlossplatz gehört zu den beliebtesten Aufenthaltsorten der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger. Er ist mit hohem Aufwand und mit hochwertigen Materialien und Möblierungselementen (Leuchten, Rundbank, Abfallbehälter u.a.) gestaltet worden. Viele positive Rückmeldungen, insbesondere auch von auswärtigen Besuchern belegen, dass es mit dem Schlossplatz gelungen ist, den Baukörper des Schlosses im Stadtraum und bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verankern. Der Schlossplatz kann heute für Großveranstaltungen, als Ort von Festen (z.B. Aufstiegsfeier des BTSV Eintracht Braunschweig) und Kundgebungen genutzt werden. Diese vielseitige Nutzbarkeit ist ein Indiz für die hohe Qualität dieses öffentlich-städtischen Raums. Er ist darüber hinaus aber auch alltäglicher Treffpunkt, insbesondere auch von jungen Menschen. Neben der Rundbank bieten die Umfassung des Brunnens und die Treppen des Schlossmuseums bzw. der Bibliothek gute Sitzgelegenheiten, die sehr positiv angenommen werden.</p> <p>Der Schlossplatz war schon von Beginn an ein steinerner städtisch ausgeprägter Platz. Die heutige Ausprägung spiegelt diese historische Situation gut wieder, die beiden Reiterstandbilder befinden sich beispielsweise nahezu deckungsgleich am ursprünglichen Standort. Eine intensivere Begrünung oder gar die Anlage eines Spielplatzes wären daher historisch und typologisch nicht passend. Die Grünräume des Schlosses befanden sich vor allem im Nordöstlichen Bereich des ursprünglichen Schlossbaukörpers, dort wo sich heute das Einkaufszentrum befindet. Der Schlossplatz kann heute dafür kein Äquivalent sein, die Straßenbäume und die Platzbäume liefern aber wichtige grüne Impulse.</p> <p>Ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags kann nicht benannt werden, da die Verwaltung keine geeignete Möglichkeit sieht, den Vorschlag umzusetzen ohne grundlegende Planungsgrundsätze der Stadt aufzugeben.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss					
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 34: Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen						
Vorschlags-Nr.: 2945	Bewertung: 0,662	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Grünflächen in der Stadt sind unersetzlich für die Luftqualität, das Klima, den Hochwasserschutz sowie als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Baugebiete sind auf weniger wertvollen, bereits versiegelten Flächen auszuweisen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
Vorhandene innerstädtische Grünflächen mit nennenswerter Größe kommen heute schon als Baugebiet nicht mehr in Betracht. Es bleibt der Beurteilung bzw. Abwägung in jedem Einzelfall vorbehalten, wie viel Bauplätze wo geschaffen werden und wo die Flächen aus gutem Grund unbebaut bleiben sollen. Bei der Nachnutzung von Gewerbebrachen müssen die Kosten für jeden Einzelfall ermittelt werden. Fragestellungen wie die Problematik der Altlastenentsorgung, der Menge und Art der zu realisierenden Wohnbaunutzung, erforderliche Ausgleichsmaßnahmen, Maßnahmen zur Lösung von Emissionsschutzproblematiken und andere sind jeweils nur standortbezogen und nicht pauschal zu beantworten.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss						
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 36: Ringgleis ausbauen zwischen EchoBrücke und Rangierbahnhof						
Vorschlags-Nr.: 2396	Bewertung: 0,658	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Das Ringgleis ausbauen von der EchoBrücke am Kennelweg bis zum Rangierbahnhof und Bahnparkmuseum.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
<p>In diesem Abschnitt des Ringgleises wird zurzeit versucht die formalen Voraussetzungen zu schaffen, um den weiteren Ausbau zu ermöglichen. Derzeit finden verwaltungsintern und mit Dritten Abstimmungen über das weitere Vorgehen statt. Auf Grund der Flächengrößen und der darauf vorhandenen, verschiedenen Bauwerke, erfordern die Abstimmungen sowie die Bewertung der Folge- und Sanierungskosten jedoch einen erheblichen Zeit- und Prüfaufwand, bevor die weitere Ausbauplanung in diesem Bereich begonnen werden kann.</p> <p>Im laufenden Investitionsmanagement stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt zu vielfältig sind, und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss						
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 40: Fahrscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen																																			
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																															
Vorschlags-Nr.: 2692 Bewertung: 0,644 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: 5.000 € Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																			
<p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (ehemals AG) betreibt seit einigen Jahren eine ganz brauchbare App für Fahrplanauskünfte. Leider kann man bisher über diese App keine Fahrscheine erwerben. Insbesondere seit der letzten Tarifumstellung mit dem neu eingeführten Preisvorteilen für im Vorverkauf erworbene Fahrscheine vermisste ich diese Funktion. Eine Zahlung sollte bequem und flexibel über den Play Store, den App Store per monatlicher Lastschrift oder Kreditkarte möglich sein. Damit würde man die Anzahl der Verkaufsvorgänge beim Fahrer reduzieren, womit sich Fahrzeiten einsparen ließe, die die Pünktlichkeit verbessert würde. Außerdem wäre der Zugang zu den günstigen Vorverkaufspreisen deutlich einfacher.</p> <p>Daher soll diese Funktion in der App möglichst kurzfristig für alle Fahrscheine nachgerüstet werden.</p>																																			
Stellungnahme der Verwaltung																																			
Org.-Einheit(en): Ref. 0600																																			
<p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadt tarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofort-Überweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.</p>																																			
<table> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>						Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe																													
Einmalige Kosten																																			
Laufende Kosten					XXXX																														
<table> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungs- und Umweltausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>						Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Planungs- und Umweltausschuss						Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																														
Planungs- und Umweltausschuss																																			
Finanz- und Personalausschuss																																			
Verwaltungsausschuss																																			
Rat																																			

Platz: 57: Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen							
Vorschlags-Nr.: 2169	Bewertung: 0,590	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Diese zentralen Plätze der Stadt sind doch recht schlicht gestaltet. Eine Aufwertung durch neue Grünplanzen, auch zum Ausgleich für den Wegfall des Schlossparks, würde ich sehr begrüßen. Man könnte es mit Sitzgelegenheiten kombinieren.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0610							
Die zentralen innerstädtischen Platzräume Burgplatz, Schlossplatz, Platz der Deutschen Einheit aber auch Kohlmarkt, Altstadtmarkt, Bankplatz und andere Platzräume sind positive Aushängeschilder der Innenstadt mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Die Verwaltung unternimmt seit Jahren Maßnahmen zur Aufwertung dieser öffentlichen Räume. Die Gestaltung und die verwendeten Materialien sowie die Möblierungselemente (Leuchten, Bänke, Abfallbehälter u.a.) sind durchweg hochwertig. An vielen Orten (Fußgängerzone, Platzräume) bietet die Stadt die Möglichkeit, sich ohne Verzehrzwang auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Dieses Angebot wird sukzessive erweitert. Der grüne Ring entlang der Oker liefert zusammen mit dem Bürgerpark ein wichtiges Freiraumelement innerhalb der Innenstadt. Somit lässt sich ein grünes Defizit bzw. ein Defizit an öffentlichen Sitzgelegenheiten nicht erkennen.							
Finanzielle Auswirkungen: Da der Vorschlag sehr allgemein gehalten ist, kann ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags nicht benannt werden.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten							XXXX
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss							
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 65: Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen							
Vorschlags-Nr.: 2548	Bewertung: 0,571	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Keine neuen Bauflächen im Umland ausweisen oder Flächen verbrauchen, stattdessen Landschaft schützen und Industriebrachflächen bebauen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 61							
<p>Strategisches Ziel der Stadt Braunschweig ist die sogenannte Innenentwicklung, die Vorrang vor der Entwicklung von bisher baulich nicht genutzten Außenbereichsflächen genießt. Somit wird dieser Vorschlag weitestgehend bereits bei der Planung neuer Vorhaben berücksichtigt. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung des Baugebietes Taubenstraße in der Nordstadt. Innenentwicklung geht allerdings häufig mit vielfältigen Planungsproblemen einher (Altlasten, zersplittete Eigentümerstruktur sowie Konflikten mit anderen Nutzungszielen wie dem Natur- oder Klimaschutz) mit der Folge, dass diese Planungsverfahren oft länger dauern als Planungen für Außenbereichsvorhaben. Um ausreichend Wohnraum bereitstellen zu können, ist es deswegen unerlässlich, einen Teil der Bebauung in integrierten Stadtrandlagen zu entwickeln.</p> <p>Finanzielle Auswirkungen: Zusätzliche Kosten entstehen für diesen Vorschlag nicht, da dieses Vorgehen bereits der Handlungsweise der Verwaltung entspricht.</p>							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
		Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss							
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 68: Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern						
Vorschlags-Nr.: 2524	Bewertung: 0,561	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Weddeler Schleife doppelgleisig ausbauen. Häufigere Busverbindung nach Wolfsburg schaffen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Der Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) –Zweckverband Großraum Braunschweig- erstellt derzeit in Abstimmung mit den Gebietskörperschaften und den Verkehrsunternehmen einen neuen Nahverkehrsplan. Ein wesentlicher Punkt bei der Neuaufage ist auch die Stärkung der Angebote von Regionalexpresszügen und den Regionalbussen zwischen den Oberzentren Braunschweig und Wolfsburg. Dies ist auch Bestandteil der Stellungnahmen der Stadt Braunschweig und der Verkehrs GmbH zum Anhörungsentwurf für den Nahverkehrsplan 2016.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss						
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 75: Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen							
Vorschlags-Nr.: 1967	Bewertung: 0,539	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
<p>Im Februar hat die Braunschweiger Verkehrs GmbH die Preise für Fahrkarten erhöht, die beim Fahrer gekauft werden. Der Mehraufwand und die Belastung der Fahrer durch den Fahrkartenverkauf sind nachvollziehbar hoch. Jedoch muss man bedenken, dass der Kauf von Tickets beim Fahrer in den meisten Fällen der einzige Weg ist, um an Fahrkarten zu gelangen. Vorverkaufsstellen befinden sich nicht in allen Stadtteilen. Und ich finde, man kann nicht verlangen, dass man sich Einzelfahrscheine bunkert.</p> <p>Ich schlage daher vor, das Fahrkarten-System durch ein zeitgemäßes System zu ersetzen beziehungsweise zu ergänzen.</p> <p>Zum Beispiel durch eine Integration in die Braunschweiger Verkehrs GmbH App. Eine Implementierung von Tickets per Barcode/QR-Code haben mehrere Vorteile. 10er Streifen sollten auch dort zu erwerben sein und Fahrten können durch antippen entwertet werden.</p> <p>Die Entwertung von Fahrscheinen kann durch Scanner in den Bussen oder "Keep it Simple" durch antippen in der App durchgeführt werden. Zusätzlich zum Barcode kann zur Sichtkontrolle durch den Fahrer die Entwertungszeit angezeigt werden.</p> <p>Kontrolleure können über eine Kontrollapp die Barcodes prüfen. Für diese Lösung sind nur geringe Investitionen notwendig, da es sich um eine ausschließlich software-basierte Lösung handelt.</p> <p>Eine weitere, jedoch deutlich kostenintensivere Lösung, wären NFC Bezahlsysteme, bei denen die Busse und Bahnen mit NFC-Terminals Ausgestattet werden. Beim Betreten des Transportmittels kann per NFC-Smartphone oder mit einer Kundenkarte ein Ticket erworben oder ein vorhandenes Kontingent eingelöst werden. Auf die Kundenkarte können dann alle verfügbaren Ticketarten aufgebucht werden.</p> <p>Wichtig für die Akzeptanz eines solchen Systems ist auf jeden Fall die Verfügbarkeit aller Produktarten (Monatskarten, Fahrradkarten, 10er Karten und so weiter).</p>							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
<p>siehe auch Stellungnahme zu Vorschlag Nr. 2692.</p> <p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte Fahrplan-App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadt tarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofortüberweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Das Lastschriftverfahren sieht die Verkehrs-GmbH derzeit als nicht praktikabel, da u.a. unsicher in der Einnahme, an. Entsprechende Erfahrungen wurden bereits mit einem SMS-Ticketsystem gemacht.</p> <p>Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.</p>							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten							XXXX

Gremiumlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss					
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Anlage 9b

Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Braunschweig

Bürgerhaushalt 2015 – die 75 bestbewerteten Vorschläge

Der Umsetzung der Vorschläge steht im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nichts im Wege. Einige Vorschläge sind sogar besonders zu begrüßen, da sie bestehende Nachteile für Frauen abbauen können.

1. Mobilität

Frauen sind anders mobil als Männer, weil sie im Schnitt über weniger finanzielle Mittel verfügen, seltener ein Auto zur Verfügung haben (vor allem betrifft das ältere Frauen) und häufiger Familienaufgaben wahrnehmen (und dann unter Umständen mit Kinderwagen unterwegs sind). Auch stellen sie die Mehrheit der älteren Menschen, welche unter Umständen mobilitätseingeschränkt sind. So sind sie eher zu Fuß unterwegs, mit Bus und Bahn oder dem Fahrrad. Auch meiden Frauen, besonders ältere Frauen, dunkle, schlecht beleuchtete Wege, das heißt die soziale Sicherheit ist für sie besonders wichtig.

Vor diesem Hintergrund sind Anregungen zu unterstützen, die mehr Sitzgelegenheiten in der Stadt ansprechen (Vorschläge 14, 22, 29 und 55). Dies ist auch Thema bei den Vorschlägen zum Fernbusbahnhof (Nr. 4, 6 und 8), in denen darüber hinaus Überdachung, WC und Kiosk angesprochen werden. Letzterer würde auch die soziale Sicherheit erhöhen.

Der Aspekt der sozialen Sicherheit ist auch in dem Vorschlag 48 zu helleren Unterführungen angesprochen, ein wichtiges Anliegen.

Mehr Sicherheit an Ampeln für Menschen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, sprechen die Vorschläge 30, 39, 59 und 69 an. Hier ist zu bedenken, dass ältere Menschen, eventuell auch mit Rollator oder Mütter und Väter in Begleitung von Kindern auf eigenem Fahrrad nicht so schnell sind. Gerade sie sind darauf angewiesen.

Ausreichende und sichere Fahrradständer sparen längere Wege mit Einkäufen oder gemeinsam mit Kindern zur nächsten Abstellmöglichkeit und sind deshalb ebenfalls zu begrüßen (Anregungen 25 und 74).

2. Gestaltung des öffentlichen Raumes

Frauen und Männer, die Familienaufgaben wahrnehmen freuen sich über gute, sichere, saubere Spielplätze. Die Vorschläge 23 und 70 sprechen deren Reinigung und Pflege an.

Saubere und möglichst kostenfreie öffentliche Toiletten in ausreichender Zahl waren bereits Thema bei den Bürgerhaushalt-Vorschlägen 2014. Sie sind für Frauen, Männer und Kinder wichtig, stehen aber für Frauen und damit auch für sie begleitende Kinder seltener zu Verfü-

gung. Vorschlag 56 regt die Verbesserung dieser Situation in den Parkanlagen an, Vorschlag 6 für den Fernbusbahnhof.

3. Leben im Stadtteil

Frauen und Männern mit jüngeren Kindern, Kinder selbst und ältere Menschen finden ihren Lebensmittelpunkt im Stadtteil, in dem sie wohnen. Angebote verschiedenster Art (Kultur, Begegnung, Beratung, Betreuung) an einem zentralen Ort in der Nähe unterstützen sie in ihrem Alltag und ermöglichen ein gutes, gesundes Leben. Dafür eignen sich sehr gut Begegnungsstätten in den Stadtteilen, unter Umständen verbunden mit Kinderbetreuung oder Seniorencentren. Den Vorschlag 12 unterstütze ich deshalb ebenfalls.

Für das Wohnen im Alter können Projekte des gemeinsamen Wohnens ein Mehr an Begegnung und Unterstützung bieten. Dafür gibt es in Braunschweig bereits Initiativen. Ein geeignetes Grundstück und/oder eine Immobilie zu finden ist ebenso wie die Finanzierung (vor allem bei Einbezug auch einkommensschwächerer zukünftiger Bewohnerinnen und Bewohner) und Trägerschaft aber nicht leicht. Vorschlag 46 spricht das Thema gemeinsames Wohnen an. Eine Förderung der Idee ist zu begrüßen.

Gez.

M. Hugo

Anlage 10

Haushaltsreste des Investitionsmanagements bis 2019 (Haushaltsplanentwurf 2016)

Haushaltsreste des Investitionsmanagements bis 2019 (Haushaltsplanentwurf 2016)

Org.-Einheit	Haushaltsreste Anfang 2015 - in Mio. €-	Haushaltsreste Ende 2019 (Planung) - in Mio. €-
Dezernat I	0,08	0,00
Politische Gremien	0,00	0,00
Verwaltungsführung	0,00	0,00
FB Zentrale Steuerung	0,07	0,00
Gleichstellungsreferat	0,00	0,00
Dezernat II	2,08	0,63
Ref. Stadtentwicklung und Statistik	0,00	0,00
Ref. Rechnungsprüfungsamt	0,00	0,00
Personalvertretung	0,00	0,00
Fachbereich Zentrale Dienste	0,32	0,30
Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	0,05	0,01
Fachbereich Feuerwehr	1,72	0,33
Dezernat III	40,54	17,80
Baureferat	0,08	0,03
Referat Stadtbild und Denkmalpflege	0,00	0,03
Referat Bauordnung	0,01	0,01
Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	4,28	2,73
Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement	17,12	6,00
Fachbereich Tiefbau und Verkehr	19,06	9,00
Dezernat IV	0,26	0,24
Fachbereich Kultur	0,26	0,24
Dezernat V	5,86	2,92
Fachbereich Schule	4,33	2,50
Sozialreferat	0,00	0,00
Fachbereich Soziales und Gesundheit	0,15	0,02
Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	1,38	0,40
Dezernat VI	0,64	0,00
Stabsstelle Wirtschaftsdezernat	0,64	0,00
Dezernat VII	7,39	2,72
Fachbereich Finanzen	3,44	1,31
Fachbereich Stadtgrün und Sport	3,95	1,41
Haushaltsreste des Investitionsmanagements	56,85	24,31